



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Die Zusammenkunft deutscher Abgeordneter in Frankfurt a. M.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

tragen, daß die Zahlen und die Kräfte des Gustav-Adolf-Vereins mit denen der evangelischen Kirche, wenigstens mit denen der deutschredenden, mehr und mehr zusammenfallen. Die Presse kann hier sehr viel thun. Daß es nöthig ist, werden einige andere Artikel zu zeigen versuchen, welche die Protestanten in der Diaspora und deren Bedürfnisse eingehender als im bisherigen Verlauf geschehen, zu schildern bestimmt sind.

Die Zusammenkunft deutscher Abgeordneter in Frankfurt a. M.

Die Actionäre der beiden süddeutschen Zeitungen, welche das Interesse der Unionspartei vertreten, hatten den Entschluß gefaßt, die beiden Blätter „Süddeutsche Zeitung“ zu München, Redacteur Herr Brater, und die „Zeit“ zu Frankfurt, Redacteur Herr Lammerß, in eine Zeitung zu verschmelzen und unter der bewährten Leitung der beiden Herren vom nächsten Quartale als „Süddeutsche Zeitung“ in Frankfurt erscheinen zu lassen. Zu diesem Zweck hatte der geschäftsführende Ausschuß der beiden Blätter auswärtige Freunde und Actionäre der Zeitungen zu einer Besprechung nach Frankfurt geladen. Er hatte die Einladung auch auf andere Parteigenossen, meist Mitglieder deutscher Kammern, ausgedehnt, in der Absicht, eine vertrauliche Besprechung über schwebende deutsche Fragen zu veranlassen, womöglich wiederkehrende Zusammenkünfte deutscher Patrioten vorzubereiten, deren Zweckmäßigkeit leichter zu übersehen war, als ihre Tragweite.

Ueber diese Versammlung ist Weniges und Ungenügendes in der Presse berichtet worden. Allerdings hatte die Verhandlung den Charakter einer geselligen Besprechung, und ihr Detail gehört nicht vor die Oeffentlichkeit. Doch wird es um so weniger eine Indiscretion sein, wenn ein Correspondent d. Bl. Einzelnes über den Verlauf berichtet, da die Versammlung in Regierungskreisen ein größeres Aufsehen gemacht zu haben scheint als im Volke und da die Beschlüsse derselben mehrfache Befürchtungen auch unserer Freunde wach gerufen haben.

Zunächst wurde in einer Versammlung von etwa dreißig Interessenten aus verschiedenen Gegenden Deutschlands die Vereinigung der beiden Blätter besprochen. Sie erwies sich als Nothwendigkeit, weil die sehr erschütterte Ge-

sundheit Herrn Braters diesem unmöglich machte, die ganze Last und Sorge einer Redaction unter besonders schwierigen Verhältnissen ferner allein zu tragen und die ungünstige Lage Münchens für das Verbreiten politischer Neuigkeiten einem dort erscheinenden Blatt regelmäßige Einwirkung auf den Südwesten Deutschlands sehr erschwerte. Man einte sich am Sonnabend vor Pfingsten über die Organisation des combinirten Blattes, über Verleger, Einrichtung u. s. w. Mit gutem Vertrauen auf die bewährte Tüchtigkeit der redigirenden Herren und auf das warme Interesse der süddeutschen Freunde darf man diese große Zeitung unserer Partei in Süddeutschland dem Publicum dringend empfehlen.

Der folgende Tag führte eine größere Anzahl von Liberalen zu politischer Unterredung zusammen. Männer der Paulskirche, die Führer des Nationalvereins, Baiern, Schwaben, Badenser, einzelne Mitglieder von Ständeversammlungen der kleineren Staaten. Die Ankunft eines namhaften Mitgliedes aus dem Abgeordnetenhaufe in Berlin erregte angenehme Befriedigung, und schon bei seinem Eintritt in der versammelten Gesellschaft war zu sehen, wie vortheilhaft sich seit dem Jahre 1848 die politische Stellung der Preußen zu ihren deutschen Landsleuten geändert hat. Die Anwesenden waren fast alle entweder gegenwärtig oder in vergangenen Jahren Mitglieder deutscher Kammern, sie gehörten sämmtlich der liberalen, nur in der großen Mehrzahl der Unionspartei an.

Schon vor dem Beginn der Besprechung äußerte sich der allgemeine Wunsch, daß eine von Zeit zu Zeit wiederkehrende Vereinigung einflußreicher politischer Persönlichkeiten aus den verschiedenen Landschaften Deutschlands zu erstreben sei, sie erleichtere eine consequente und planmäßige Behandlung brennender Fragen in einzelnen Kammern, sie könne nützlich werden für Ausgleichung von Gegensätzen, für Ueberwindung provinzieller Kurzsichtigkeit, sie werde bis zu einem gewissen Grade den Mangel einer gemeinsamen Volksvertretung für Deutschland ersetzen, sie sei vielleicht das beste Mittel, widerstrebenden Regierungen die Nothwendigkeit einer solchen nahe zu legen. Vor allem aber könne sie den politischen Gegensatz zwischen Preußen und Süddeutschen aufheben, den Süddeutschen eine warme Empfindung von dem Patriotismus und der Tüchtigkeit ihrer norddeutschen Landsleute beibringen. Und es scheint, daß die wohlwollenden Männer, welche die Versammlung veranlaßt haben, sowie die Führer des Nationalvereins zunächst diesen letzten Gesichtspunkt im Auge hatten, im stillen Gemüth aber die Erinnerung an ein ähnlich zusammengepflogenes Vorparlament umhertrugen. Es war keine große Versammlung, etwa 40—50 Männer, welche am Pfingstsonntag in den Räumen eines gastfreien Privathauses zusammentrafen, gute Namen darunter, junge und alte Kraft, Nord- und Süddeutsche, letztere in der Mehrzahl. Man war schnell darüber einig, daß wiederkehrende Zusammenkünfte deutscher Patrioten durch diese Versammlung vorbereitet werden sollten, und daß diese Zusammenkunft nur als vorbereitende zu

betrachten sei. Schwieriger war zu entscheiden, wer für die nächste Versammlung zur Theilnahme aufzufordern sei. Die Majorität entschied sich dahin, das Recht der Theilnahme für künftige Versammlungen auf Mitglieder deutscher Ständekammern, so wie auf Mitglieder der deutschen Reichsversammlung von 1848 zu beschränken. Wenn sich auch Einzelne der Anwesenden, welche nicht Volksvertreter sind oder waren, durch diesen Beschluß verhindert fühlten, an den folgenden Verhandlungen thätigen Theil zu nehmen, so war der Beschluß doch ohne Zweifel schon deshalb verständig, weil er eine bestimmte Klasse von practischen Politikern umgrenzte. Welcher andere Beschränkungsgrund sollte gefunden werden, um die Zusammenkunft von einer Volksversammlung zu unterscheiden? Und da es nothwendig war, daß die Mehrzahl der Anwesenden aus Volksvertretern bestand, wie wollte man andere Kategorien einschließen? Es wäre allerdings wünschenswerth gewesen, die politischen Intelligenzen der deutschen Presse herbeizuziehen. Aber der Vorschlag, einzelne derselben zur Mitgliedschaft einzuladen, hätte in der Ausführung große Inconvenienzen gehabt. Die nicht eingeladene Presse hätte ein Recht gekränkt zu sein und den Eingeladenen hätte wieder ihr Selbstgefühl verwehrt zu erscheinen; denn sie hätten als Geladene nicht auf gleichem Boden mit denen gestanden, welche durch ihr Mandat als Volksvertreter das Recht der Theilnahme hatten. Eine Versammlung deutscher Redacteurs, patriotischer Minister oder auch einflußreicher Privatmänner kann jede in der gegenwärtigen Lage Deutschlands zum Heil des Vaterlandes gemeinsames Handeln beschließen, aber jede solche Gesellschaft würde sich so viel als möglich auf Männer ihres Geschäftskreises zu beschränken suchen. Es ist auch dies ein Fortschritt seit 1848.

Aber auch von deutschen Kammermitgliedern und solchen, welche man als dazu gehörig betrachtete, wer sollte zugezogen werden? Die Debatte darüber war lebhaft und nicht ohne Interesse. Das Prädicat „liberal“ erwies sich als zu unbestimmt, zweckdienlicher schien die Bezeichnung, alle solche, welche eine festere staatliche Concentration der deutschen Volkskraft erstreben. — Aber, wenn man nicht auf die rege Betheiligung der süddeutschen Deputirten verzichten wollte, durfte die großdeutsche Partei nicht ausgeschlossen werden. Auch die preußische Partei, welche die starke Majorität der Versammlung darstellte, wünschte das nicht, weil gerade ihr daran gelegen war, den Süden sich allmählig zu befreunden. Vor andern durfte den Führern des Nationalvereins von Werth sein, gerade in diesen Zusammenkünften einen neuen Boden zu finden, wo sie mit ihren politischen Gegnern zusammentreffen und dieselben widerlegen konnten. In der That erschienen für die kleindeutsche Partei allein solche Zusammenkünfte kaum nöthig. Für sie sei der Nationalverein eine ausreichende Organisation, auch wer die preußische Politik vertritt und nicht Mitglied des Vereins sei, vermöge sich in seiner Landschaft, wenn es gerade gelte, mit dem Verein leicht in

Verbindung zu setzen und ohne Weitläufigkeiten die zweckmäßigen Schritte zu besprechen. In Süddeutschland, oder genauer in den Mittelstaaten bildet die preußische Partei der Kammern freilich nur eine kleine Minorität. Aber diese kleine Partei der Nationalmänner ist muthig, unternehmend, voll Selbstgefühl und trägt das Bewußtsein einer höhern Berechtigung und des künftigen Sieges fest in der eigenen Brust. So waren die Führer des Nationalvereins erobereungslustig, ihrer Sache sicher und bereit ihren Gegnern jede Concession zu machen.

Von solchem Standpunkte wurde der Beschluß gefaßt, die Zusammenkünfte nicht auf die Mitglieder der preußischen Partei zu beschränken. Nicht wenig trug dazu bei, daß ein kluger Redner aus Süddeutschland seinen und seiner Freunde Standpunkt so darstellte, man sei im Süden so weit gekommen, sich der preußischen Partei anzuschließen und lieber Etwas als Nichts durchzusetzen, wenn dem Volk die Ueberzeugung eindringlich würde, daß man vereinigt mit den Oestreichern jetzt nicht vorwärts kommen könne. Die Zeit sei gekommen, wollten die Oestreicher nicht, oder könnten sie nicht, gut, so werde man sich trotz aller Sympathien von ihnen lösen.

Die Herbeiziehung der Großdeutschen war beschlossen, die Großdeutschen waren aber ohne Herbeiziehung der deutschen Oestreicher — gewissermaßen zu einem letzten Versuch, — nicht zu haben.

Und damit erhob sich die Klippe für einen erfolgreichen Verlauf der projectirten Versammlung. Bis dahin war alles gut gegangen, es war eine Versammlung wohlmeinender, in der großen Majorität politisch gleichgesinnter Männer; sie hatten zuweilen ein wenig ausführlich, fast immer geschickt und geschickt, einige Mal vortrefflich gesprochen. Aber die Versammlung unterlag der Gefahr, zwei verschiedene politische Thätigkeiten zu verwechseln. Sollten die projectirten Versammlungen solche werden, in denen kräftige Beschlüsse gefaßt, ein kluges gemeinsames Handeln in den einzelnen Ständekammern vorbereitet würden, so mußten die Rathschlagenden den Kreis der Mitglieder doch enger ziehen, nur auf den Kreis der kleindeutschen Parteigenossen beschränken, es war ihnen in diesem Falle unverwehrt auch Nichtmitglieder von Kammern, Staatsmänner, Journalisten, Privatpersonen herbeizuziehen, dann hätten ihre Versammlungen den Charakter vertraulicher Besprechungen behalten, aus Süddeutschland hätte vorläufig nur eine Minderzahl Theil genommen, sie hätten weniger Aufsehen gemacht, selten lange Debatten verursacht, aber sie hätten praktisch sehr nützlich werden können.

Es war charakteristisch, daß die Versammlung den andern Weg einschlug, welcher dem Unternehmen größere Ausdehnung, schärfere Gegensätze, heftigere Debatten, aber wahrscheinlich langsamere Resultate in Aussicht stellte. Die Debatte über die Zulassung der Deutsch-Oestreicher wurde eifrig geführt, vor-

treflich sprachen nächst den Führern des Nationalvereins einige Herren aus Frankfurt, denen noch vom Jahre 49 her der Zorn über die Ränke der österreichischen Partei auf dem Herzen lag. Vielleicht neun Zehnthelle der Versammlung waren sich klar, daß die Theilnahme der Oestreicher an diesem Organisationsversuche Deutschlands nicht nur unnütz, sondern schädlich sei. Und doch wurde bei der Abstimmung, man muß sagen aus Courtoisie und zu großem Gefühl der Sicherheit, von der Majorität der Minorität aus Schwaben und Baiern die Concession gemacht, den Deutschösterreichern eine Betheiligung an den künftigen Versammlungen zu gestatten.

Allerdings wäre dieser Beschluß vierzehn Jahre nach 1848 unmöglich gewesen, wenn nicht das Gefühl der Ueberlegenheit in der kleindeutschen Partei so lebhaft gewesen wäre. Man hatte in der Stille die Ueberzeugung, die Oestreicher würden doch nicht kommen, und wenn Einzelne kämen, würde sich die Unmöglichkeit des Zusammengehens sehr bald herausstellen, und gerade durch die erwiesene Unmöglichkeit würde die ganze Frage in der Meinung des süddeutschen Volkes endlich gründlich abgemacht werden. Aber diese Annahme ist leider nicht begründet. Denn die politische Moral und die diplomatischen Manöver sind im Kaiserstaat anders nuancirt, als unter den Vertretern des deutschen Volkes. Wenn es dem Minister Herrn v. Schmerling nützlich erscheint, so wird er eine ganze Wagenladung von österreichischen Deputirten zu der nächsten projectirten Zusammenkunft der deutschen Kammermitglieder abenden. Dieselben werden, gerade wie sie vor vierzehn Jahren unter seinem Kommando gethan, in brüderlicher Wärme erglügen gegen die Deutschen, starkpatriotische Reden halten, und welcher Partei sie auch in Wien angehören mögen, doch in Nürnberg oder Frankfurt gänzlich stimmen, wie ihr Minister wünscht. Nicht nur weil sie im Auslande treue Oestreicher sind, sondern auch deswegen, weil die Klügeren unter ihnen die stille Ueberzeugung haben, daß in inneren österreichischen Angelegenheiten eine gewisse Rücksichtnahme auf den deutschen Liberalismus bei ihrer Regierung nur so lange dauern werde, als Oestreich Ansprüche auf die Herrschaft in Deutschland erheben könne, und daß es für die liberalen Oestreicher schädlich sei, wenn Deutschland zu Einigung und Stärke komme, bevor der Kaiserstaat sich verjüngt habe. Wir werden also, wenn es Herrn v. Schmerling wünschenswerth erscheint, in die Lage kommen, mit den „deutschen Brüdern“ aus Oestreich noch einmal den ungenießbaren Teig zu kneten, über dem vor vierzehn Jahren die Kraft der Deutschen erlahmte.

Aus solchem Grunde ist der Beschluß der Versammlung immerhin zu bedauern; denn er setzt sie in Gefahr, mit unfruchtbaren Debatten Zeit zu verlieren und bei der großen Mehrzahl der Deutschen etwas von dem Ansehen und der Bedeutung einzubüßen, welche wir so gern auf eine Vereinigung deutscher Abgeordneten übertragen sehen. Alles was uns Deutschen noch mit den

Österreichern kommen kann, das vermag der Bundestag allein zu besorgen, es ist nicht nöthig, daß dazu noch deutsche Abgeordnete eine Stunde ihrer Reisezeit verwenden. Auf der andern Seite aber ist kein Grund zu der Annahme, daß der Beschluß von ernstem Nachtheil für die deutsche Frage sein werde, er verringert nur ein wenig Werth und Bedeutung der projectirten Zusammenkunft. Aber er vermag diese Bedeutung nicht aufzuheben. Denn die politische Bildung seit dem Jahre 1848 hat doch große Fortschritte gemacht. Wir haben jetzt ein preußisches Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder, wie sie auch innere Fragen des Staates ansehen mögen, fast alle ein sehr lebendiges Gefühl für die Ehre und Größe ihres Staates, für Heil und Ehre Deutschlands bewahren, wir erfreuen uns in Deutschland einer starken, gut organisirten kleindeutschen Partei, welche bei allen Zusammenkünften deutscher Abgeordneter eine thätige Rolle spielen und auf dem Kampfplatz, den sie sich hier einmal ungünstiger gewählt hat, als nöthig war, gegen die alte falsche Gemüthlichkeit im Volke, wie gegen die Heuchelei fremder Regierungen kämpfen wird, wahrscheinlich gerade hier um so eifriger, da ihr selbst einmal begegnet ist, zu viel Gemüth gezeigt zu haben.

Und deshalb sei an alle Leser d. Bl., welche der Versammlung deutscher Abgeordneter beizuwohnen im Stande sind, die angelegentliche Mahnung gerichtet, daß sie sich durch den Beschluß der vorbereitenden Versammlung nicht abhalten lassen, den nächsten Convent, welcher für diesen Sommer ausgeschrieben wird, zu besuchen. Zwar ist nicht mehr die Zeit, wo Vorparlamente sich schnell zusammenballen, aber wie bescheiden man auch die nächste Einwirkung dieser Zusammenkünfte auf die deutsche Sache schätzen möge, sie wirken fördernd und anregend auf jeden Einzelnen, nicht zuletzt, weil sie ihn mit einer Anzahl tüchtiger und talentvoller Männer unter dem Banner der höchsten Interessen seines Lebens vereinigen. ♀

Mit **Nr. 27** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im Juni 1862.

Die Verlagsbandlung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. V. Herbig. — Druck von C. G. Elbert in Leipzig.

